38

Generalstreik und Noske-Blutbad in Berlin

Von Cains.

A 90-2395

Verlag «Rote Fahne» · Druck «Freiheit» G. m. b. H. Hanau

Die Januarereignisse schienen der Bourgeoisie das Ende der deutschen Revolution zu verbürgen. Mit Blut und Eisen war die Bewegung niedergeschlagen worden. Unsere Genossen waren in die Gefängnisse gewandert; unsere Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren ermordet worden. Unsere Organisation war verstreut, unsere „Rote Fahne" auf Wochen unterdrückt.

„Spartakus hat ausgeblutet." Das war das Wort, mit dem die Bourgeoisie glaubte, das Fazit ziehen zu können aus all ihrem Morden.

Es war eine Oberflächlichkeit und eine Dummheit, diese Rechnung. Wer auch nur ein klein wenig unter die Oberfläche ging, der sah, daß die Erbitterung der Arbeiter nicht kleiner, sondern größer geworden war, daß weite Kreise, die es bisher nicht geglaubt hatten, nun zu glauben begannen, daß Ebert-Scheidemann die Verräter der deutschen Revolution geworden waren. Die Arbeiter gingen wieder in die Betriebe, Zorn und Erbitterung im Herzen.

Und so stand auch unser Organisationsleben nicht einen Augenblick still. Wohl lebten wir in Berlin unter einem halben Belagerungszustand. Versammlungen unter freiem Himmel waren verboten, Demonstrationen ebenfalls. Unsere bekannten Führer wurden teils steckbrieflich verfolgt, teils wurden sie von Offiziershorden gesucht und waren so von der ungesetzlichen Verhaftung bedroht.

Aber im kleinen Kreise, in den Betrieben, in den Bezirken regte es sich lebendiger denn je: unsere Mitglieder nahmen zu, unsere Presse fand immer größeren Absatz und war nur durch die Schamlosigkeit der Papierverteilung gehindert, dem Bedürfnis der Proletariermassen voll zu genügen.

Die Meinung der Bourgeoisie, nun sei „Spartakus" tot, war auch eine Dummheit. Denn wenn ihre Vertreter, die Ebert-Scheidemann, jemals mehr als mit dem Maul Sozialdemokraten gewesen wären, wenn auch nur ein Partikelchen in ihrem Hirn etwas aufgenommen hätte von Marx'schem Geiste, dann mußten sie sich sagen: die Revolution „macht" nicht Spartakus, sie ist das Ergebnis sozialer und ökonomischer Verhältnisse, und die Revolution mitsamt Spartakus ist nicht tot, so lange die Ursachen der Revolution noch bestehen.

So war es eine Selbstverständlichkeit, daß in kurzer Zeit die Bewegung wieder aufleben mußte. Hatte auch das Berliner Proletariat die Ermordung seiner Führer mit angesehen, einen Augenblick gelähmt: es war darum nicht lahm.

Gerade die Brutalität des Mordes, die Schamlosigkeit und der Zynismus, mit dem die Ebert-Scheidemann die Mörder in ihren Schutz nahmen, der nicht geringere Zynismus, mit dem die in der Januarwoche Festgenommenen in Untersuchungshaft genommen und gehalten oder abgeurteilt wurden, die Hundskomödie, die geradezu zum Hohn dem deutschen Proletariat in Weimar vorgeführt wurde, der Terror und das Blutregiment, das die von Noske teils geschaffenen, teils übernommenen Freiwilligenregimenter über ganz Deutschland verbreiteten, wirkte aufpeitschend auf das Proletariat.

Dazu kamen die Streiks.

Die Streiks haben eigentlich begonnen in unmittelbarem Anschluß an die Berliner Ereignisse. Unter deren Eindruck begann die Bewegung in Bremen, schlug sie über nach Rheinland-Westfalen, ergriff sie die oberschlesischen Kohlenbezirke, ging sie nach Mitteldeutschland hinüber, setzte sie in Leipzig ein, warf sie nach Halle ihre Wellen: in weitem Bogen erst, dann immer näher schloß sich der Kreis um Berlin. Es war fast eine naturgesetzliche Notwendigkeit, daß die Streiks dahin zurückkehrten, von wo sie ausgegangen waren: nach Berlin.

Man konnte, wenn man diese Streikbewegung lediglich nach dem äußeren Erfolge wertete, zweifelhaft sein, ob sie erwünscht sei. Sie ging in diesen Etappen durch das Land. Ein Ort kam nach dem anderen, in nicht unterbrochener Folge, aber in so langsamem Tempo, daß es den Noskegarden möglich war, von einem Ort zum anderen nachzurücken, um mit Blut das Feuer zu löschen. Man konnte das „eins nach dem andern" sich anders wünschen, man konnte sich denken, daß die Bewegung hätte einheitlich gemacht werden können, wenn man sie überhaupt „machen" könnte.

Denn auch die Methode, die das Proletariat im einzelnen Stadium des Kampfes anwendet, ist historisch bedingt: die Fehler, die es macht, entsprechen durchaus dem jeweiligen Stadium der Entwicklung der revolutionären Masse. Die Fehler, die das Proletariat macht, sind zugleich die Lehren, die es durchmachen muß, um zu tieferer Einsicht, zu klarer Erkenntnis seiner Lage und seiner Pflichten in der Revolution zu kommen.

Die kommunistische Partei war sich klar, daß diese Mängel, die der Bewegung noch anhafteten, und die — weil sie eben tief begründet waren — nicht durch „Direktiven" und „Ermahnungen" beseitigt werden konnten, das Ziel einer in Berlin eintretenden Bewegung beeinflussen mußten.

Die Machtergreifung durch das Proletariat als Klasse kann nur die Frucht eines gemeinsamen Kampfes dieser Klasse sein.

Kämpfe, die sich abspielen vor der gemeinsamen Erhebung der Klasse, sind Kämpfe, die notwendig sind, einmal weil die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Revolution die Massen dazu zwingen, dann, weil nur in ihnen das Proletariat die politische und methodische Schulung erhält, die es zu seinem Endkampf braucht.

Darum sind diese Kämpfe noch lange keine Putsche. Putsche werden sie erst dadurch, daß man diesen Kämpfen, die nach ihrem Charakter nur Vorbereitungskämpfe sind, Endziele gibt, wenn man in diesem Stadium etwa einen bewaffneten Kampf entfesselt, der in diesem Stadium bereits einen Kampf um die Macht bedeutet, oder wenn man auch nur, wie es die „Unabhängigen" in Leipzig taten, in diesem Vorstadium als Streikziel etwa die Abdankung der Regierung Ebert-Scheidemann oder die Auflösung der Nationalversammlung aufstellt; Forderungen, die in Wirklichkeit Abdankung der Bourgeoisie bedeuten und also Machtergreifung durch das Proletariat in diesem zu frühen Stadium.

Das wäre Putschismus.

Wir glauben, in Berlin alles getan zu haben, um diesen Putschismus zu vermeiden, als der Streik begann.

Der Aufruf zum Generalstreik erfolgte in Berlin sowohl durch einen Beschluß des Plenums des Arbeiterrates, als durch einen Aufruf der kommunistischen Partei. Daß dieser Streik kein „gemachter" war, sondern daß er, wie kaum ein anderer, aus dem elementaren Unwillen der Arbeitermassen hervorgegangen war, ergibt sich aus zwei Tatsachen: einmal daraus, daß die großen Betriebe, ohne die Parole einer politischen Partei abzuwarten, schon am Sonnabend, den 1. März,

oder am 3. März selbständig den Beschluß faßten, in den Streik zu treten (so die 50 000 Mann der Spandauer Staatsbetriebe), dann daraus, daß selbst die sozialdemokratischen Arbeiterräte durch die hinter ihnen stehenden Arbeitermassen gezwungen waren, für einen Streik zu stimmen, der sich gegen ihre eigene Partei und Parteiführung richtete.

Der Streik war denn auch am Dienstag, den ersten Streiktag, ein allgemeiner: wenn man von den Handelsangestellten und den Postbeamten absieht, streikten alle Betriebe, die nach dem Willen der vom Arbeiterrat eingesetzten Streikleitung überhaupt in den Streik einbezogen wurden.

Was die Ziele des Streiks und insbesondere der kommunistischen Partei anbelangt, so waren sie: Einräumung gewisser wirtschaftlicher Rechte an die Arbeiter- und Betriebsräte, Amnestie für die Opfer der Januarvorgänge, Befreiung aller politischen Gefangenen, Verhaftung der Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Errichtung eines Revolutionstribunals zur Aburteilung der Schuldigen am Kriege usw.

Damit hatten wir die Streikziele durchaus im Rahmen unserer oben auseinandergesetzten prinzipiellen Auffassung gehalten.

Wir hatten jede Bedingung und Forderung vermieden, die einen Kampf um die Macht bedeutete.

In einer Besprechung zwischen Vertretern der Kommunistischen Partei, der Unabhängigen und des Vollzugsrates brachte einer der Erstgenannten als Richtlinie seiner Partei auf Grund der ausgeführten Anschauung zum Ausdruck: Die Kommunistische Partei lehne es ab, als Streikforderung aufzustellen, Rücktritt von Ebert-Scheidemann oder Auflösung der Nationalversammlung. Sie lehne auch jeden bewaffneten Kampf mit Regierungstruppen oder mit irgendwelchen kämpfenden Organisationen der Bourgeoisie ab: sie beschränke sich in dieser Aktion auf das rein wirtschaftliche Mittel. Sie sehe die Bedeutung des Streiks darin, den Massen den Gegensatz zum Bewußtsein zu bringen, in dem sie unbewußt bereits zur Regierung Ebert-Scheidemann und zur Politik der Mehrheitssozialisten stünden. Diese Loslösung der Massen von ihren falschen Göttern sei das wichtigste Resultat, das bei der beginnenden Bewegung erzielt werden könne.

Diesem Ziele sei auch die ganze Taktik während des Streiks unterzuordnen. In jedem einzelnen Schritt sei den Massen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie im Gegensatze zu der mehrheitssozialistischen Politik stünden.

Aus diesem Grunde sei die Unverrückbarkeit der Ziele, das Ablehnen jedes Kuhhandels über die aufgestellten Forderungen politische Notwendigkeit, aus demselben Grunde sei es auch ein politischer Fehler, den Streik mit Verhandlungen zu beginnen. Es sei Sache der Regierung und der Mehrheitssozialisten, Vorschläge zu machen, inwieweit sie den mäßigen Forderungen der Streikenden nachkommen wollten.

Die Kommunistische Partei habe nach den Ereignissen des Januar keine Gewähr dafür, daß die U. S. P. diese politische Linie festhalten werde. Die Kommunistische Partei lehne es deshalb ab, gemeinschaftlich mit der U. S. P. Flugblätter und politische Parolen herauszugeben. Bleiben die „Unabhängigen" auf der eingenommenen Linie, so sei die Einheit der politischen Aktion hergestellt. Weichen sie von dieser Linie ab, so treffe sie die Verantwortung für ihre Haltung.

Das sei aber, zumal auch nach den Januarereignissen, von Wichtigkeit. Man könne ganz dahingestellt sein lassen, wen für das Putschistische, das die Januarereignisse an sich trugen, die Verantwortung treffe. Jedenfalls aber sei die ganze politische und moralische Verantwortung auf die Kommunisten abgewälzt worden. Man habe

von der „Spartakusbewegung" gesprochen, vom „Spartakusaufstand", von „Spartakusputschen" und immer nur von „Spartakus". Von den Unabhängigen habe kein Mensch geredet. So sehr das gesunde politische Gefühl zu begrüßen sei, das daraus spreche, daß alles revolutionäre Geschehen als unser Werk angesehen werde, so sehr müßten wir uns dagegen sichern, daß die Unabhängigen alles das, was in einer Bewegung putschistisch sei, unter dem Schutze jener allgemeinen Stimmung auf uns abladen und so, wenn eine politische Bewegung nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe, als die braven Kinder dastehen, die alles Putschistische verwerfen.

So sei es gekommen, daß wir in den Januarereignissen die gewesen seien, die persönlich die Opfer zu bringen hatten. Unsere Leute seien ermordet worden, uns habe man als die Räuber, Mörder, Diebe und Putschisten herumgeschrien. Die Berliner „Freiheit" habe ein redlich Teil dazu beigetragen, diese Hetze gegen uns für ihr Parteigeschäft auszunutzen.

In der von der U. S. P. vorgeschlagenen Streikkommission sollten wir mit 5 Mitgliedern gegenüber 21 der U. S. P. vertreten sein. Wir hätten also keinen ausschlaggebenden Einfluß gehabt und wie im Januar doch die alleinige Verantwortung übernehmen müssen für das, was nicht von uns beschlossen wurde.

Dagegen mußten wir uns sichern. Wir schlugen daher getrennte Flugblätter und getrennte Streikleitungen vor, schlugen aber weiter vor, damit in der Organisation des Streiks keine Reibung und keine Unstimmigkeit sich ergebe, drei Mitglieder zur Information in die Streikleitung der U. S. P. zu entsenden, während die U. S. P. drei Mitglieder zu uns entsenden sollte.

Bereits am selben Abend erschien aber Richard Müller, der unabhängige Vorsitzende des Vollzugsrats, mit einem Plan, der geradezu ein blutiger Hohn auf diesen ganzen Streik war.

Er hatte es ausgeheckt, daß man den Vollzugsrat zur Streikleitung berufen müsse — ein Gedanke, der richtig gewesen wäre, wenn der Vollzugsrat aus Gegnern der Regierung bestanden hätte, — damit, wie Müller sich ausdrückte, auf Grund des demokratischen Prinzips „die Mehrheitler gezwungen würden, den auch gegen ihren Willen erklärten Streik mit durchzuführen". Nach demselben demokratischer Prinzip wollte er auch die bürgerlichen Demokraten mit in die Streikleitung berufen.

Damit war dem Streik schon von vornherein das politische Gesicht verstümmelt. Ein Streik, gerichtet gegen die Scheidemänner, organisiert unter Mitwirkung der Scheidemänner selber bedeutete gerade den Selbsterkenntnisprozeß der Massen unmöglich machen, bedeutete statt der Klärung Verwirrung in die Massen hineintragen.

Selbst den Unabhängigen war an diesem Abend der Vorschlag Müllers zu toll: die meisten erklärten, daß selbstverständlich sie nicht neben den Scheidemännern in die Streikleitung eintreten würden.

Unser Vertreter erklärte, daß dieser Vorschlag Richard Müllers der beste Beweis dafür ist, wie richtig unsere Auffassung sei, daß die Unabhängigen politisch ein zu unsicheres und unzuverlässiges Element seien, als daß ein enges Bündnis mit ihnen möglich erscheint.

Jedenfalls aber war über einen Punkt an jenem Abend volle Uebereinstimmung: daß jede Gewaltsamkeit und vor allem jeder bewaffnete Kampf vermieden werden solle.

Alle Parteien waren darüber einig und es bestand unter diesen Umständen die absolute Gewähr, daß der Streik in friedlichster Form verlaufen würde. Die Gewähr war auch dadurch gegeben, daß die „Rote Fahne" unermüdlich — seit ihrem

Wiedererscheinen im Februar fast täglich — gegen jeden Putsch aufgetreten war, daß sie mit zunehmender Schärfe gegen gewisse syndikalistische Agitatoren unter der Berliner Arbeiterschaft auftrat — eine Agitation, die gerade durch die Haltung der „Roten Fahne" bedeutungslos gemacht wurde — und daß sie selbst noch in dem Streikaufrufe gewarnt hatte vor jeder Schießerei.

Es war daher ein in der Haltung der Parteien nicht begründeter Gewaltakt, daß unmittelbar als Antwort auf den Generalstreikbeschluß die Regierung den Belagerungszustand verhängte.

Die Regierung hat den Belagerungszustand mit kriminellen Gründen zu rechtfertigen versucht: es sei keine politische Maßregel gewesen; er habe sich gegen die Plünderer gerichtet. Das ist eine ebenso dumme wie dreiste Lüge. Denn bereits in dem Befehl, in dem Noske die Verhängung des Belagerungszustandes verkündete, also am ersten Streiktag, war verfügt: Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechtes, Aufhebung der Preßfreiheit, Einrichtung von außerordentlichen Kriegsgerichten u. a. wegen Hochverrat, Landesverrat, Verleitung der Soldaten zu Untreue. Das sind Maßnahmen, die nicht gegen die „Plünderer" gerichtet sind, sondern ausgesprochene politische Maßnahmen.

Und am selben Tag, an dem der Streik ausbrach und an dem der Belagerungszustand verhängt wurde, wurde — immer nur gegen die „Plünderer" — die „Rote Fahne" unterdrückt, so, wie man im „sozialistischen" Deutschland Zeitungen unterdrückt. Im Wilhelminischen Deutschland hatte man im schlimmsten Falle die Maschinen und die Türen plombiert: im Deutschland der Ebert-Scheidemann aber rückt man mit Soldaten und Handgranaten an, demoliert die Redaktionsräume bis auf den letzten Stuhl und die letzte Lampe, zertrümmert die Druckmaschinen. So taten die Truppen des Noske, und dabei ist es bis heute noch nicht einmal festzustellen, wer denn eigentlich die Helden waren, die die Maschinen demolierten, wer die Demolierung angeordnet, wer sie ausgeführt hat. Kommandantur und Polizeipräsidium lehnen die Verantwortung ab und können oder wollen nicht sagen, wer der Verantwortliche ist.

Es war auch keine Maßnahme gegen die „Plünderer", daß sofort mit der Verhängung des Belagerungszustandes der Haftbefehl erschien, wonach sämtliche Redakteure der „Roten Fahne" und die Mitglieder der Zentrale der Kommunistischen Partei in Schutzhaft zu bringen seien und daß sie, soweit man ihrer habhaft werden konnte, tatsächlich in derselben Nacht verhaftet wurden.

Das alles waren keine Maßnahmen gegen die Plünderer. Es waren nur Teile eines geradezu teuflischen Planes der Regierung und der Militärbehörden, die jene mit ihrem Namen deckt.

Man wußte, daß die Kommunisten gegen jede Schießerei waren, und man wußte, daß, wenn jemand, dann sie imstande waren, unbesonnene Elemente zurückzuhalten, und das war der Grund, warum man ihnen von erster Stunde an den Mund geschlossen hat.

Denn die Regierung wollte den bewaffneten Kampf. Sie wollte das Blutvergießen. Denn ihre Hoffnung, die sie auf das Januarblutvergießen gesetzt hatte, war getäuscht. Sie hatte geglaubt, „Spartakus" sei tot, „Spartakus" aber war lebendiger denn je, die Kommunisten nahmen von Tag zu Tag an Stärke und Einfluß zu; die Regierung sah den eigenen Boden, auf dem sie bisher festzustehen glaubte, die Arbeitermassen, in Schwanken geraten. Nun sollte ein Märzblutbad nachholen, was das Januarblutbad nicht vollbracht: die Noskegarden, die Freiwilligenregimenter rückten ein.

Und gleichzeitig mit den Freiwilligenregimentern erschien das, was schon der Generalstab von 1914 als unerläßlich erklärt hatte für eine siegreiche Kriegführung und für den „Geist der Truppen": die Nachricht von den Greueltaten, von erstürmten Polizeiwachen, von geplünderten Wohnungen und Warenhäusern, von Raub und Raubanfällen — 1914 in Belgien von den Franktireurs und in Ostpreußen von den Kosaken, jetzt im Norden oder Osten oder sonst irgendwo in Berlin von den „Spartakusleuten".

Nach dieser „geistigen Vorbereitung" begannen am Mittwoch, den 5. März, die bewaffneten Kämpfe.

Sämtliche am Streit beteiligten Parteien standen ihnen unbeteiligt gegenüber. Die Berliner Arbeiter hielten völlige Disziplin, waren unbewaffnet und machten auch keinen Versuch, sich zu bewaffnen.

Die den Freiwilligenregimentern entgegentretenden Truppen waren vielmehr die Volksmarinedivision und Teile der Republikanischen Sicherheitswehr.

Beide hatten mit der Kommunistischen Partei oder mit dem in diesem Zusammenhang oft genannten „Roten Soldatenbund" nichts zu tun. Im Gegenteil: beide waren in den Januarunruhen die treuesten Helfer der Regierung gewesen. Auf ihr Konto geht auch ein großer Teil der Schuld an dem Blute, das im Januar vergossen wurde.

Die Kommunisten haben und hatten nie ein Bündnis mit diesen Truppenteilen.

Sie waren Zufallserscheinungen der Revolution. Sie waren ohne jede politische Orientierung, geleitet allein von ihrem Soldinteresse, und gerade in den Januarereignissen hatten sie ein solches Maß von politischer Unzuverlässigkeit und einen solchen Mangel an revolutionärem Geiste gezeigt, daß die Kommunistische Partei, wären diese Teile je an sie herangetreten, ein Bündnis nicht eingegangen wäre. Die Matrosen und Sicherheitssoldaten haben auch nie einen solchen Versuch gemacht: Kommunisten und diese Soldaten und Matrosen hatten nichts miteinander politisch gemein.

Auch jetzt, als sie sich mit den Regierungstruppen in Händel verstrickt hatten, wandten sie sich nicht an die Kommunistische Partei und nicht an den Roten Soldatenbund, sie wandten sich vielmehr um Hilfe an die einzelnen Arbeiter in den Arbeitervierteln und an gewisse Berufsorganisationen.

Die Leitung der Kommunistischen Partei erhielt davon Kenntnis und trat sowohl persönlich als in Flugblättern gegen diese wilde Bewaffnung auf.

In einem von ihr herausgegebenen Flugblatt wurde ausgeführt:

Die Matrosen und Sicherheitssoldaten seien nicht Teile einer revolutionären proletarischen Organisation und kämpften auch nicht für dasselbe Ziel, für das die Arbeiter kämpfen, für den Sozialismus. So kämpften sie auch jetzt mit einem anderen Mittel als die Proletarier. Richtig sei freilich, daß auch sie äußerlich gegen denselben Feind kämpften, wie das Proletariat, gegen Ebert-Scheidemann. So sei es verständlich und berechtigt, wenn die Arbeiter den Sieg der Matrosen und Sicherheitssoldaten wünschten. Aber diesen Sieg herbeiführen so, daß er zugleich ein Sieg des Sozialismus sei, könnten die Arbeiter nur in der Weise, daß sie bei ihrer Waffe, beim Generalstreik blieben und diesen mit aller Schärfe und aller Standhaftigkeit durchführten.

Die Kommunistische Partei hat dieses Flugblatt am Donnerstag, den 6. März verbreitet.

Die bewaffneten Kämpfe nahmen an diesem Tage mit gesteigerter Heftigkeit zu. Bevor aber deren weiterer Verlauf geschildert wird, ist es Zeit, sich den Verlauf des Generalstreiks zu vergegenwärtigen.

Die Kommunistische Partei trat am Montag, den 3. März früh mit ihrem Aufruf zum Generalstreik an die Arbeiter heran mit den oben aufgeführten Forderungen und mit den das nächste Ziel der Revolution, nicht dieser Bewegung bezeichnenden Losungen: Nieder mit Ebert-Scheidemann! Nieder mit der Nationalversammlung! Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!

Wohl der größte Teil der großen Berliner Betriebe ist bereits auf diesen Aufruf hin aus den Fabriken gegangen.

Der am Nachmittag folgende Beschluß des Arbeiterrats war mehr nur die Sanktion einer bereits geschehenen Tatsache; unter dem Zwang eines unwiderstehlichen Drucks der Massen stimmten die Mehrheitssozialisten für den Streik, und teils unter diesem Druck, teils verführt durch die „demokratische Parole" von Rich. Müller traten die Mehrheitler in die Streikleitung ein. Es bestand so die Streikleitung aus 16 Mitgliedern des Vollzugsrates und je 3 Mitgliedern der Unabhängigen und der Abhängigen.

Bezeichnend für die ganze Ver- und Verfahrenheit im Lager der Unabhängigen war, daß man im Augenblick, wo der Streik beschlossen wurde, noch immer nicht mit bestimmten Streikforderungen hervorgetreten war; erst nachdem man den Streik beschlossen hatte, kam man darauf, daß man auch gewisse Forderungen aufstellen müßte. Man lehnte dann die Forderungen der Kommunisten ab, beschloß aber dann neue Forderungen, die im wesentlichen die Forderungen der Kommunisten wiedergaben, nur mit der Verwässerung, die bei Unabhängigen immer nötig ist.

Am Abend begann die Streikkommission ihr Werk. In würdiger Weise. Ihr erster Beschluß war: die ganze Presse stillzulegen und nur ein Mitteilungsblatt der Streikleitung herauszugeben.

Ein echter Richard Müller war dieser Beschluß: dumm und pfiffig zugleich.

Dumm: denn es war eine unsagbare Dummheit, zu glauben, man könne einen Streik mit nahezu einer Million Streikender führen ohne revolutionäre Presse, ohne Streikflugblätter, ohne engste geistige Fühlungnahme zwischen revolutionären Parteien und Arbeitern.

Pfiffig: dieses Mitteilungsblatt sollte erscheinen in der Druckerei der „Freiheit", redigiert von einem Redakteur der „Freiheit", also rein eine Maskerade der „Freiheit" sein. Es sollte also auf diese Weise das Weitererscheinen der „Freiheit" gerettet, die „Rote Fahne" aber unterdrückt werden.

Richard Müller war der „glänzende Sekundant" des Noske, der ja am selben Abend die „Rote Fahne" besetzen ließ.

Ein Vertreter der Kommunistischen Partei erschien, nachdem er von diesem Beschluß Kenntnis erhalten hatte, bei der Streikleitung und erklärte: dieser Beschluß sei ein Verrat an dem Streik in dessen erstem Augenblick. Sei die Streikleitung ein Ausdruck des revolutionären Willens der Massen, so habe sie die konterrevolutionäre Presse einschließlich des den Streik bis aufs Messer bekämpfenden „Vorwärts" zu unterdrücken, die revolutionäre Presse aber nicht nur zu dulden, sondern durch verstärkte Papierlieferung zu fördern. Mit diesem Beschluß mache sich die Streikleitung selbst zum Werkzeuge der Gegenrevolution, und infolge dieses Beschlusses legten dann auch die beiden kommunistischen Mitglieder des Vollzugsrats, die in dieser Eigenschaft in die Streikleitung geraten waren, ihre Aemter nieder.

Richard Müller hat dann im übrigen seine Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Am nächsten Morgen erschien die „Freiheit“ nicht auf Grund des Richard Müllerschen Beschlusses, die „Rote Fahne“ nicht infolge des Einschreitens der Noskegarden, das „Mitteilungsblatt“ erschien nicht, weil es von Noske als „neuerscheinende Zeitung“ auf Grund des Belagerungszustandes nicht genehmigt wurde, und so erschien am ersten Morgen des ersten großen Berliner Generalstreiks: — der „Vorwärts“, streikbrechend, alle Spalten voll Gift und Galle gegen den Streik, in jeder Zeile auffordernd zur Sabotage des Streiks.

Am Dienstag, dem ersten Streiktage, hatten dann die Unabhängigen das Bedürfnis, den Generalstreik „zu fördern“. „Fördern“ hieß: an die Regierung herantreten mit dem Gesuch um Abschluß eines Kuhhandels. Denn von selber hatte sich die Regierung nicht gerührt. Sie kannte ihre Pappenheimer und wußte: die Unabhängigen werden kommen.

So sandte man die übliche Deputation nach Weimar. In der üblichen paritätischen Besetzung, Abhängige und Unabhängige, gemischte Gesellschaft.

Aber die Abhängigen waren auch hier früher aufgestanden. Sie hatten bereits am Tage zuvor eine Deputation, gewählt von ihren Arbeiterräten, nach Weimar gesandt, um dort mit ihresgleichen, die sich in Berlin Arbeiterräte, in Weimar Regierung hießen, zu verhandeln.

Man einigte sich auf der Basis, auf der man glaubte, den Streik erwürgen zu können: einige papierene Zugeständnisse an die Betriebsräte, die in Wirklichkeit ein Rückschritt hinter den in den meisten Berliner Betrieben bestehenden tatsächlichen Zustand waren, die „Verankerung der Arbeiterräte in der Verfassung“ und endlich der alsbaldige Erlaß eines „Sozialisierungsgesetzes“.

Als die Kommission der Streikleitung dann nach Weimar kam, fand sie die Regierung vor: vergnüglich lächelnd auf ihre Zugeständnisse hinweisend, die sie bereits am Tage zuvor gemacht habe, mit verbindlichen Worten und mit leeren Händen die Kommission wieder gehen heißend.

Diese Verhöhnung der Streikenden und das Auftreten der Noskeltruppen in Berlin hatten dort inzwischen eine ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Deren Folge war, daß am Donnerstag der Arbeiterrat beschloß, Gas, Wasser und Elektrizität ebenfalls in den Streik einzubeziehen und stillzulegen.

Diesen Beschluß benutzten die Mehrheitler dazu, aus der geheimen in die offene Sabotage des Streiks einzutreten. Dieselben Mehrheitler, die während des Krieges Millionen von Männern fallen und zu Krüppeln werden sahen, die Millionen von Frauen und Kindern während des Krieges sterben sahen, die vier Jahre lang Hunger und Elend in allen Arbeitervierteln sahen riesenhoch, die alles das sahen und vier Jahre lang nie genug davon bekamen, immer weiter Durchhalten predigten, immer weiter Kredite bewilligten, damit das Elend ja kein Ende nähme, die selber in den U-Bootkrieg mit hineinhetzten, der Hunderttausenden von Kindern das Leben kostete, und dabei vergnügt in ihren Zeitungen meldeten, es gehe in Deutschland gesundheitlich immer besser: eben diese Hallunken fingen an, von Mord und Totschlag, von Verhungern und Verdursten von Kindern zu schreien, mit der ganzen bürgerlichen Meute diesen Beschluß als ein Verbrechen auszupoſaunen: der für das Proletariat ein freiwilliger Verzicht auf Tage war, Verzicht im Interesse seiner Freiheit, Verzicht auf etwas, was die Bourgeoisie, die Mehrheitler ihm vier Jahre lang genommen hatten im Interesse der Unterdrückung des Proletariats.

Die Heuchelei war bodenlos, aber sie wirkte.

Die Mehrheitler schieden am Donnerstag aus der Streikleitung aus. Die Unabhängigen machten am Abend der Kommunistischen Partei nunmehr den Vorschlag, paritätisch in die Streikleitung einzutreten.

Die Situation war schwer. Der Streik war verfahren, durch eine sabotierende Mitarbeit der Mehrheitler zerrüttet, durch den schmählichen Handel mit der Regierung demoralisiert, durch die Zusammenarbeit mit den Mehrheitlern überhaupt im Mark getroffen.

Trotzdem, und obgleich die Bedenken über die schwächliche Haltung der Unabhängigen nicht kleiner, sondern größer geworden waren, glaubten die Kommunisten, in die Streikleitung eintreten zu müssen, um so der Bewegung wieder Halt zu geben.

Es kam aber nicht so weit. Denn am Freitag Morgen, als die Kommunisten ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Streikleitung erklären wollten, hatten die Unabhängigen bereits beschlossen, die Flinte ins Korn zu werfen und empfahlen bedingungslose Aufhebung des Streiks.

Von den Mehrheitlern sabotiert, von den Unabhängigen verraten, konnte der Streik nicht mehr weitergeführt werden; denn trotz der ungeheuren Erbitterung der Massen hätte die Fortführung des Streiks durch die Kommunisten allein dessen Abbröckelung bedeutet.

So gaben denn auch sie die Parole aus, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Damit war der Streik zu Ende. Auf einige halbe Versprechungen der Regierung und des Noske hin wurden wohl noch Verhandlungen mit dem Noske geführt, namentlich über die Freilassung der Gefangenen, die man zugesagt hatte.

Wie die Regierung diese Versprechen wahr machte, zeigt die Geschichte der bewaffneten Kämpfe, die während und nach dieser Zeit stattfanden.

Das Auftreten der Noskegarden war das Aufreizendste, das man sich denken kann. Sinnlose Knallereien, nur um zu schrecken, Panzerautos, mit Totenköpfen bemalt, die in die Luft und in die Leute wahllos schossen, Tanks in den Straßen, Leutnants, das Gewehr umgehängt wie eine Jagdflinte und Reitgerten in der Hand wippend, schnauzend, lärmend, schnarrend: in einer ungeheuren Steigerung und in feinen widerwärtigsten Formen das lebend geworden, was selbst ehedem nur Karrikaturenblätter als „Militarismus" wiedergaben.

Bereits am Freitag ist festgestellt, daß die Regierungssoldaten begannen, Gefangene, die sie gemacht, zumal die besonders verhaßten Matrosen, niederzuschießen. Der „Vorwärts" selbst teilt u. a. mit, daß am Samstag, den 8., fünf Matrosen „standrechtlich" erschossen worden sind.

Um diesen Gefangenenmorden den rechtlichen Mantel zu geben, erging am Sonntag der Befehl Noskes, der in der Presse als „Verhängung des Standrechtes" bezeichnet wurde: „Wer mit der Waffe in der Hand kämpfend gegen die Regierungstruppen betroffen wird, ist zu erschießen."

Das ist das „Standrecht".

Dieses Standrecht ist Mord. Wohl wird nach dem Gesetze über den Belagerungszustand der bewaffnete Kampf u. U. mit dem Tode bestraft. Aber es muß ein Urteil des Kriegsgerichtes vorliegen.

Der Noskesche Erlaß aber legt in die Hand des kämpfenden Soldaten die Funktion des Richters; der Soldat wird Herr über Leben und Tod.

Das ist keine Justiz; das ist kein Recht und kein Standrecht, der Noskesche Befehl ist nichts anderes als die Wiederholung der Worte: „Gefangene werden nicht gemacht; wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen."

Was ist der Grund für diesen Befehl Noskes? „Die Grausamkeit der Spartakisten zwingen mich zu folgendem Befehl", leitet ihn Noske ein.

Diese Grausamkeit ist die am Sonntag erfundene Erschießung der Lichtenberger Polizeibeamten. Sie wurde offiziell und offiziös als Grund angegeben; die Nachricht von der Erschießung der Beamten ist selbst amtlich.

Sie war die genaue Kopie der Vorgänge vom August 1914. Damals waren die Bomben über Nürnberg und die vergiftete Wasserleitung von Metz und die Sprengung des Tunnels in Cochem amtlich verbreitet worden. Damals besorgte die erforderlichen Lügen der Große Generalstab, diesmal der Stab der Gardekavallerieschützendivision.

Die Nachricht vom Morde der Lichtenberger Polizeibeamten ist erfunden worden zu dem Zwecke, um den Schießbefehl plausibel zu machen.

Das ergibt sich aus der Art, wie der Befehl in die Zeitung kam.

Die „B. Z. am Mittag" hat davon Kenntnis gegeben. Ihr ist von zwei militärischen Stellen die Nachricht mitgeteilt worden. Trotzdem hat sie gezögert, die Nachricht, deren aufpeitschende Wirkung sie erkannte, zu veröffentlichen. Das Blatt war schon halb fertiggestellt, da meldete sich das Ministerium des Innern. Es gab dem Blatt dieselbe Nachricht und verlangte, daß sie sofort im Blatte aufgenommen wurde. Und falls das nicht mehr möglich sei, solle die Nachricht noch am selben Tage — es war ein Sonntag und andere Zeitungen erschienen nicht — durch Extrablatt verbreitet werden.

Wozu die Eile? Wozu die Bemühungen selbst des Ministeriums?

Es war die klare Absicht: der Massenmord, den am Abend Noske durch seinen Befehl in Szene setzte, sollte so „geistig" vorbereitet werden.

Man brauchte Pogromstimmung für diesen Henkerbefehl; man schuf die Pogromstimmung.

Schon am Montag wurde bekannt und stand fest: die Nachricht war erlogen vom ersten bis zum letzten Wort. Es ist nicht ein einziger Gefangener von den „Spartakisten" — die nicht nur darum keine Spartakisten waren — erschossen worden. Es ist auch das Postamt in Lichtenberg nicht geplündert worden. Nichts ist dort gestohlen worden; angeblich in der Wohnung des Postdirektors einige Wertgegenstände. Wenn man von Ausschreitung sprechen will, so war es die: in einem Güterspeicher in Lichtenberg befand sich für das Militär bestimmtes weißes Mehl, so weiß, wie es die Bevölkerung seit Jahren nicht mehr gesehen hat. Dessen haben sich die Frauen bemächtigt, teils ist es auch auf der Erde verstreut worden.

Aber der Noskesche Befehl, erlassen auf Grund dieser Lügen, blieb weiter, und er hat eine ausdehnende Auslegung gefunden.

Die Gardekavallerieschützen-Division, die Zentralorganisation der Noskegarden, gab seine Ergänzungen heraus.

Danach wurde erschossen, der in einem Hause gefunden wurde, aus dem auf die Truppen geschossen wurde und der „verdächtig" war.

Man kennt die Geschichte der „Häuser, aus denen geschossen wird", aus Belgien. Tausende von Häusern sind dort eingeäschert worden zu Unrecht, Tausende von Menschen erschossen worden zu Unrecht. Man weiß: Kein Mensch weiß im Straßenkampf, woher die Schüsse kommen. Der aufgeregte Soldat weiß es am wenigsten. Die Häuser, aus denen ein aufgeregter Soldat den Schuß vermutet, werden gestürmt und die Männer an die Wand gestellt. Den Fluch einer Welt hat dieses Verfahren dem deutschen Militarismus eingetragen: was er damals in Belgien verbrach, hat er jetzt in Berlin wiederholt.

Wer in solch einem Hause betroffen wurde und eine Waffe besaß, wurde erschossen.

Aber es genügte ja auch schon der „Verdacht" für ein sofort gefälltes und vollstrecktes Todesurteil. Wer eine Mitgliedskarte des Spartakusbundes besaß, war „verdächtig", ward erschossen. Ein Mitgliedsbuch selbst der Unabhängigen konnte genügen für ein Todesurteil.

Aber nicht genug. Auch dieser Befehl wurde wieder ausgedehnt.

Es brauchte nicht einmal aus dem Hause geschossen zu sein.

Der, bei dem bei Durchsuchung eines Hauses eine Waffe gefunden ward, wurde erschossen.

Noch weiter: wer auch nur im Besitz von einigen Patronen, von ungefüllten Handgranaten als Briefbeschwerer benutzt, betroffen ward, wurde erschossen.

Der Besitz von zwei Handgranaten fielen genügte: der Besitzer wurde mitsamt seinem Vater erschossen.

Aber noch nicht genug. Es wurden ganze Gruppen von Menschen für vogelfrei erklärt. Die Angehörigen der „Volksmarinedivision" und der aufständischen Depots der Sicherheitswehr wurden „unter Kriegsrecht" gestellt. Sie sollten, nach einem ausdrücklichen Befehl, erschossen werden, wenn sie im Besitz von Waffen — auch nicht kämpfend — betroffen wurden.

Der Befehl ist aber ganz anders ausgeführt worden. Wer Angehöriger dieser Truppen war und in die Hände der Noskeruppen fiel, auch wenn er völlig waffenlos war, wurde erschossen.

Es kam zu jenem grausigen Menschenmord in der Französischen Straße. Dort hatte die Volksmarinedivision ihre Schreibstuben. Dorthin kamen die Angehörigen der Division, um ihre Löhnung zu holen, und zwar gerade die, die der Regierung treu geblieben waren. Sie wurden, wenn sie einzeln die Schreibstube betraten, von Noskeruppen mit vorgehaltenem Revolver gefangen genommen. Ueber 200 wurden so gefangen. Dann kam ein Offizier, und der hat die Gefangenen an sich vorbeiziehen lassen. Er befahl, wer rechts und wer links gehen sollte. Die rechts gingen, waren zum Tode bestimmt. Vierundzwanzig wurden so in den Hof geführt: der eine Menschenkneuel wurde durch Salven ermordet.

Ein ungeheurer, niederträchtiger, schamloser Mord, den Noske mit seiner Autorität deckte und gegen dessen Urheber nichts unternommen ist.

Die ganze moralische und rechtliche Schuld für alle Schandtaten trifft die Regierung.

Noske hat den Befehl gegeben, der das Schreckensregiment einleitete: eine Woche lang hat er gesehen, hat die ganze Regierung gesehen, wie er gehandhabt wurde, sie hat allen Mord und alles Grausen mit angesehen und hat sie duldend und schweigend gebilligt.

Das Blut von Hunderten, wer weiß, ob nicht Tausenden von Proletariern klebt an ihren Händen: auf ihrer Seele lastet die Schuld dieser Morde.

Die Zahl der Opfer ist unheimlich: die Regierung fürchtet selbst sich vor dem Berge von Leichen, den sie geschichtet hat.

Und alles das war mindestens von Noske von vornherein beabsichtigt. Er und die Offiziere, in deren Hand er die Marionette ist, Major von Gilsa und Major von Hammerstein, waren der Auffassung, und der letztere hat wörtlich erklärt:

> Man sei im Januar zu milde gewesen. Man solle diesmal es nachholen. Man werde diesmal die Spartakusbewegung mit Stumpf und Stiel ausrotten (wörtlich); wenn dabei auch Unschuldige fallen, so schade das nichts.

Der Auffassung war auch Noske. Bereits am 5. März, vor jedem Kampfe, erklärte er:

> er werde über Berlin ein Standrecht verhängen, wie es noch keine Stadt zuvor gesehen.

Die, die man zumal zu treffen suchte, waren die Angehörigen und die Führer der Kommunistischen Partei. Die Regierung und die Militärs wußten, daß diese den ganzen bewaffneten Kämpfen fernstehen: sie selber haben durch ihr Zeitungsverbot verhindert, daß deren ganzer Einfluß gegen diesen bewaffneten Kampf ausgeübt werden konnte. Und nicht nur das: man hat die „Rote Fahne" verboten, um zu verhindern, daß sie dem Kampfe entgegentrete und daß der Menschenmord verhindert werde, den die Regierung wollte um des Mordes, um des Terrors willen.

Man hat, um das politische Ziel dieses Menschenmordes zu erreichen, den Aufstand als „spartakistisch" ausgegeben. Man hoffte so, all das vernichten zu können, was in dieser Menschenschlächterei vernichtet werden solle: die Komunistische Partei.

Und im Laufe dieses Kampfes hat sich bereits eine Organisation herausgebildet, die planmäßig ihre Macht, seit den Dezembertagen 1918, ausbauend, zum Zentrum alles politischen und militärischen Kampfes der Gegenrevolution geworden ist, und die dann in diesem Kampfe hinausgewachsen ist über Ebert-Scheidemann und den ganzen Mehrheitssozialistenklüngel, und die morgen der Kopf der militaristisch-junkerlichen Staatsstreiche sein wird: die Garde-Kavallerie-Schützendivision und ihr Stab.

Im Dezember, mit den Truppen des Generals Loquis, ist sie gegen Berlin angerückt. Damals drohend schon: gegen die Revolution auf der einen, gegen die Regierung auf der anderen Seite, von der sie die „Herstellung der Ordnung" als eine Pflicht heischte.

Die Division hat erst das Schicksal erlebt, das alle damals anrückenden Frontdivisionen erlebten: mit der Rückkehr in die Heimat und mit der Berührung mit dem Heimatboden fand auch in diesen reaktionären Truppenteilen die Revolution Eingang. Sie zerbröckelten und wurden unbrauchbar als Instrumente der Gegenrevolution.

Die Garde-Kavallerieschützendivision hat die Situation erkannt. Sie begann die Bildung der Freiwilligenbataillone.

Für 5 Mark im Tag werden die Freiwilligenbataillone gebildet. Mit einer besonderen Verpflegung wurden sie gefügig gemacht, und sie werden gebildet aus den bedauernswertesten Opfern des Krieges: denen, die völlig deklassiert sind. Junge Leute, die ein vierjähriger Aufenthalt im Schützengraben innerlich gebrochen, denen das Kriegshandwerk mit allem seinem Schauder zur zweiten Natur geworden, die sich nicht mehr zurückfinden können in das schwere Los des Arbeiters in der Fabrik und auf dem Lande: die moralischen Opfer des Krieges, die versammeln sich in den Freiwilligenregimentern.

Und geführt werden sie von übermütigen Junkern, die ihre Jahrhundert alte Räuberherrschaft aufrechterhalten wollen, von hochnäsigen Bankiersöhnchen, die das Heiligtum ihrer väterlichen Kassenschränke hüten, von der Schar von Berufsleutnants, die zu einer bürgerlichen Arbeit nicht fähig sind und die in der Revolution nur den Verlust ihres Paradieslebens sehen.

Sie hat alles, die Gardekavallerieschützendivision.

Sie hat eine politische Abteilung, von der aus die politische Bespitzelung von ganz Deutschland geht. Sie hat eine Presseabteilung unter Leitung eines Dr. Gra-

bowski, die an Frechheit der Lüge selbst die Pressestelle des Kriegsministeriums während des Krieges übertrifft und die auch allen amtlichen Schwindel während dieser letzten Kämpfe, den Beamtenmord in Lichtenberg und die Plünderung des Postamts, die abgeschnittenen Ohren, die ausgestochenen Augen und alles andere erfunden hat.

Die Division hat auch eine eigene Kriminalabteilung mit 18 Kommissionen für das in 18 Bezirke eingeteilte Berlin.

Dort wird alles erledigt. Dort werden die Verhaftungen angeordnet, von dort werden sie ausgeführt. Dort sind ganze Proskriptionslisten aufgestellt auf Grund von beschlagnahmten Papieren. Dort werden Belohnungen ausgesetzt auf die Köpfe kommunistischer Führer.

Von dort aus wird auch der Mord von politischen Gegnern, den Führern der Kommunistischen Partei, angeordnet.

Dort, im Edenhotel, in dem Hause, in dem noch die Urheber des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg schalten und walten, an dessen Wänden noch deren Blut klebt, ist ein neuer politischer Mord angeordnet und ausgeführt worden. In der Nacht zum Montag, den 17. März, ist unser Freund Leo Jogiches in seiner Wohnung verhaftet worden.

Wenn es einen Helden der Revolution gibt, dann ist er es gewesen. Keiner von den Helden, die am 9. November mit großen Reden herumliefen und priesen, was sie alles getan, und die herumrenommierten, wie sie mit „Kopf und Kragen" die Revolution „vorbereitet" und „gemacht" hatten.

Aber er war der, der vom ersten Tage des Krieges an ganz im Stillen, aber täglich, das Zuchthaus oder den Tod vor Augen, seine Pflicht tat, der alle illegale Arbeit während des Krieges in Händen hatte, der mit unermüdlicher Arbeit und unbezähmbarem Willen alles tat: alle Spartakusbriefe, alle Broschüren, alle Flugblätter, alles herausgab und — schließlich in die Hände der Polizei gefallen — erst durch die Revolution aus dem Gefängnis befreit wurde.

Ihn hatten die Henker im Edenhotel sich als Opfer erwählt.

Er ist verhaftet worden auf Grund eines Befehls, daß er in militärische Schutzhaft zu bringen sei und ist dann nach zwei oder drei Stunden erschossen worden. „Fluchtversuch", wie bei Karl Liebknecht.

Und ein geschäftiges Spitzeltum schafft immer neue Opfer. Immer neue „Gefährliche" werden ausgespielt, immer neue Verhaftungen vorgenommen. Mit aller Schamlosigkeit der bezahlten Polizeispitzel arbeiten sie. Sie geben gefälschte Zettel heraus mit richtigen oder erlogenen Namen und schaffen so „Beweismaterial" gegen immer neue „Verbrecher" oder „Weltverbrecher" — wie Herr Heine sagt — und die außerordentlichen Kriegsgerichte werden müde werden, bis sie alle Opfer mit dem bedacht haben, womit sie nach dem Willen des Herrn Heine bedacht werden sollen.

Vielleicht 1500 sind schon verhaftet, die Gefängnisse von Berlin sind übervoll, täglich kommen neue hinzu, immer mehr ....

Das Bild der deutschen Revolution unter dem Zepter des Herrn Ebert, unter dem Kommandostab des Herrn Noske und unter der Justiz des Herrn Heine. Fürwahr: das wilhelminische Deutschland tritt zurück; es waren paradiesische Zeiten, wo es eine grobe Ausschreitung war, als ein Schutzmann einem Arbeiter die Hand abhackte.

Das war damals schon viel. Heute schlägt man ihnen die Köpfe ab, füsiliert sie zu Tausenden.

E

Früher ließ man die Opfer im Grabe ruhen: heute werden sie noch im Grabe herumbeschimpft.

Die ganze bürgerliche Meute heult über die „Mörder" und „Plünderer" und Herr Heine tritt als erster an sichtbarer Stelle hervor und führt den Chor der Schimpfenden an.

Es ist die alte Methode, mit der die herrschende Klasse die aufstehenden Unterdrückten moralisch zu erledigen suchte. War es nicht bei den Gracchen so, war es nicht bei Kattilina so? War es nicht bei dem alten Spartacus, den aufständischen Heloten, den revoltierenden Handwerksgesellen des Mittelalters, den schwäbischen Bauern, den Hebertisten von 1792, den badischen Aufständischen von 1848, den Taiping von 1856, den indischen Aufständischen von 1857, den Kommunards von 1871, den russischen Revolutionären von 1905/06, den Bolschewiki von 1918: war es nicht immer so?

Immer sind die Unterdrückten die Räuber und Plünderer, immer sind sie die Mörder und Diebe gewesen, immer waren die Herrschenden die, die „Ordnung und Ruhe" stifteten, indem sie füsilierten und füsilieren ließen die Tausende.

Nur eines ist neu an der deutschen Revolution.

Das schmutzige Geschäft der Verleumdung der Unterdrückten und das blutige Geschäft des Füsilierens hat sonst die herrschende Klasse selber besorgen müssen.

In Deutschland und in der deutschen Revolution ist es neu: daß eine zu der Bourgeoisie übergelaufene Renegatenbande der Bourgeoisie das traurige Geschäft abnimmt; für die Bourgeoisie durch Schmutz und Blut watet, bis an die Kehle darin versinkend.

Sie werden ganz darin versinken, die Verräter.

Das deutsche Proletariat hat sich vertrauensselig von den Ebert-Scheidemann fünf Monate lang mißbrauchen lassen.

Frecher mit jedem Tage tritt nun die Gegenrevolution hervor: bald wird sie ihre Platzhalter Ebert-Scheidemann zur Seite stoßen.

Aber mächtiger auch mit jedem Tage erhebt die wahre, die proletarische Revolution ihr Haupt. Jeder Tag besiegelt mehr den Bankerott des Kapitalismus: die Millionen Arbeitsloser auf den Straßen, die Hungrigen, die Abgehetzten, die Müden und Verkrüppelten, die millionenfachen Opfer kapitalistischer Raublust und imperialistischer Machtgelüste erheben immer lauter den Ruf: zum Sozialismus.

Die Arbeiterklasse muß zur Revolution schreiten. Sie muß es: der Hunger, die Not verlangt es von ihr; sie muß es, weil sie gegenüber dem Bankerott des kapitalistischen Wirtschaftssystems kein anderes Mittel hat, um zu menschenwürdigem Dasein zu gelangen; sie muß, weil ihr historisches Schicksal und die Zukunft ihrer Klasse es verlangen.

Sie muß klar sehen, daß sie allein berufen ist, eine aus tausend Wunden blutende Welt wieder aufzurichten, so, daß sie wert ist, Menschen zu tragen.

Sie muß es; nur sie kann es. Sie kann es aber nur dann, wenn sie will: mit dem klaren, unbeugsamen Willen, diesen größten, aber letzten Klassenkampf der Welt durchzuführen, ohne Kompromisse, ohne Schwächlichkeiten, ohne Halbheiten und ohne Sentimentalitäten.

Sie muß erkennen: wer der Bourgeoisie den kleinen Finger reicht, wird zum Verräter an dem Proletariat.

Die Mehrheitler haben der Bougeoisie sich mit Haut und Haaren verschrieben und ihr Verrat ist klar.

Die Unabhängigen aber, die Haase, die Kautsky, die, die willige Helfer von Ebert-Scheidemann gewesen waren, so lange sie geduldet wurden, sind morgen bereit der Bourgeoisie wieder, nicht nur den kleinen Finger, die ganze Hand zu geben.

Schon wirken sie mit in der Nationalversammlung und handeln hin und her mit der Bourgeoisie. Schon handeln sie um die Rolle der Arbeiterräte und deren „Verankerung in der Verfassung".

Vom Sozialismus kann man nichts abhandeln. Eine Glocke, die den kleinsten Sprung nur hat, ist keine Glocke mehr.

Sie kann nicht mehr klingen und dringt nicht mehr über die Lande so, wie der Sozialismus über die Lande dringen muß, alle weckend, alle rufend.

Der Sozialismus ist ganz oder er ist nicht

Den ganzen muß das Proletariat sich holen in seinem revolutionären Kampf, den ganzen muß es sich sichern in der revolutionären Diktatur des Proletariats. Und alle seine Feinde wird es triumphieren, über die blutigen Henker vom März und über Ebert-Scheidemann und alle Noskegarden. Nur muß es wollen und seine Kräfte sammeln, die Verräter und die Halben aus seinen Reihen stoßen und geben

alle Macht

den Arbeiter- und Soldatenräten!

Archiv